

Zeitschrift: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde
Herausgeber: Historische und Antiquarische Gesellschaft zu Basel
Band: 18 (1919)

Artikel: Rheinbund und "Königreich Helvetien" : 1805-1807
Autor: Steiner, Gustav
Kapitel: 2: Badische Politik bis zum Ausbruch des dritten Koalitionskrieges. Gebietserwerbungen Karl Friedrichs bis ins Jahr 1805
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-113059>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

die während der erfolgreichen militärischen Aktion entstehen, weisen bereits auf den künftigen Rheinbund hin und deuten die Stellung an, die der Schweiz zeitweise in diesem Föderativsystem zugedacht war. Aus den territorialen Verschiebungen endlich heben sich die aussichtslosen Pläne der badischen Diplomatie zur Erwerbung der Schweiz ab.

2. Badische Politik bis zum Ausbruch des dritten Koalitionskrieges. Gebietserwerbungen Karl Friedrichs bis ins Jahr 1805.

Als Karl Friedrich das Erbe seines Grossvaters antrat, da ward er Regent eines kleinen, eigentümlich zerstückelten Besitzes. In „Gemengelage zerstreut, wie die unbereinigten Felder einer Ackerflur,“ lagen am Oberrhein die Territorien durcheinander gewürfelt, ohne Zusammenhang, von zahlreichen fremden Herrschaften, geistlichen und weltlichen, von Reichsstädten und Rittern durchschnitten.¹⁾ Daraus ergab sich die Aufgabe, die zersplitterten Gebiete zusammenzufassen und abzurunden. 1771 fielen die baden-badischen Lande an Baden-Durlach, da die in Baden-Baden regierende Linie erlosch. Die Ortenau freilich war ausgeschlossen, da sie ein Reichslehen war, das ausschliesslich der baden-badischen Linie war verliehen worden. Die vereinigten Markgrafschaften umfassten jetzt ein Gebiet von rund 70 Quadratmeilen mit 190 000 Einwohnern. Aber im ersten Koalitionskrieg gegen Frankreich verlor der Markgraf seine rechtsrheinischen Gebiete. Vom Reiche im Stich gelassen, schloss Karl Friedrich notgedrungen und zaudernd im Jahre 1796 mit Frankreich seinen Frieden. Das war nichts anderes als die Lossagung von den Verpflichtungen gegen Kaiser und Reich und die Preisgabe deutschen Gebietes. Für die auf dem rechten Rheinufer erlittenen Verluste wurde der Markgraf durch den Reichsdeputationshauptschluss von Regensburg im Jahre 1803 glänzend entschädigt. Sein Gebiet umfasste jetzt über 100 Quadratmeilen. Die Erfolge des Markgrafen, der nunmehr

¹⁾ Willy Andreas, in der Zeitschrift für Gesch. des Oberrheins. N. F. XXVI, S. 415 ff. — Die Geschichte der badischen Verwaltungspolitik von Andreas ist mir leider nicht erhältlich gewesen. — Vgl. ferner die Werke von Weech, Drais, Nebenius und zahlreiche wertvolle Aufsätze in der von Obser herausgegebenen erwähnten Zeitschrift.

den Titel eines Kurfürsten annahm, waren über alles Erwarten günstig. Seine Familienverbindung mit Russland — Karl Friedrichs Enkelin war mit Kaiser Alexander I. verheiratet — und die geographische Lage des Kurfürsten bestimmten Bonaparte, Karl Friedrich in seinen Bestrebungen zu unterstützen. Aber dem Staate fehlte der feste Zusammenhang und die Abrundung. Einerseits wünschte der Kurfürst die günstige Gelegenheit zur Vergrößerung seines Landes auszunutzen, im Wettbewerb mit den Höfen von Stuttgart und München aus dem Verfall und der Auflösung des deutschen Reichs seinen Vorteil zu ziehen, anderseits widerstrebte seiner deutschen Gesinnung die Verbindung mit Frankreich. Durch dies Schwanken geriet er wiederholt in Gefahr, von Württemberg und Bayern überholt zu werden, und er erreichte stets weniger, als er begehrte. Durch Vergünstigungen und Drohungen vermochte Napoleon den zaudernden Fürsten in steter Bewegung und Unruhe zu halten und ihn immer mehr an sich zu fesseln.

Karl Friedrich, der sein siebzigstes Lebensjahr längst überschritten hatte, hätte sich am liebsten dem französischen Einfluss entzogen. Dies war aber für ihn um so schwieriger, weil er als Grenznachbar in jedem Krieg, der zwischen Oesterreich und Frankreich ausgefochten wurde, am Wege lag. Zudem konnte er nicht müßig zusehen, wie die beiden süddeutschen Fürsten, Max Joseph von Bayern und Friedrich von Württemberg, geschickt aus der Situation Vorteile zogen. So blieb er denn im letzten Jahrzehnt seines Lebens seiner Abneigung gegen Frankreich getreu; indem er sich aber trotzdem mit Napoleon verbündete, bewies er deutlich, dass er nicht gewillt und dass er nicht im Stande sei, eine andere Politik zu verfolgen als die beiden benachbarten Fürstenhöfe.

Obschon der Kurstaat um mehr als 200 000 Einwohner durch den Rezess vermehrt worden war, waren die Grenzen keineswegs befriedigend. Der Breisgau trennte das obere Fürstentum von der Hauptmasse. Diese Hauptmasse selbst umschloss die Ortenau. Breisgau und Ortenau zu erhalten, darnach ging zuerst das Bestreben der badischen Diplomatie.¹⁾

¹⁾ Vgl. Polit. Corresp., V 161.

Als im September 1804 der neue Kaiser der Franzosen seinen Triumphzug nach Deutschland unternahm, wurde auch Karl Friedrich nach Mainz geladen. Der Kurfürst zögerte. Sogar der Freiherr von Dalberg¹⁾ hielt eine Vertretung durch den Kurprinzen Karl für genügend. Allein, wahrscheinlich durch den Markgrafen Ludwig²⁾ und das Zureden des Staatsministers von Edelsheim, liess sich Karl Friedrich bestimmen, dem Rufe zu folgen. In Mainz wurde das Projekt eines deutschen Fürstenbundes unter dem Protektorat von Russland und Frankreich mit der Spitze gegen Preussen und Oesterreich besprochen. Davon wird noch die Rede sein. Ungleich wichtiger war für Baden die Aeusserung Napoleons, es sei ein Fehler, dass man den Breisgau und die Ortenau in den Händen Oesterreichs gelassen habe. Bei der ersten schicklichen Gelegenheit müsse dies wieder gut gemacht werden. Baden solle diese Gebietsteile erhalten.

Von nun an liess Karl Friedrich dies Land seiner Wünsche nicht mehr aus den Augen. So oft es anging, wurde der Kaiser an sein Versprechen erinnert. Anlass dazu bot sich im gleichen Jahre. Zu den Krönungsfestlichkeiten nach Paris geladen, kämpfte Karl Friedrich denselben Kampf wie vordem. Aber sowohl sein Sohn, der Markgraf Ludwig, wie Talleyrand drängten. Schliesslich siegten politische Erwägungen. Er selber freilich konnte sich zur persönlichen Huldigung nicht entschliessen. Aber er liess sich durch den französisch gesinnten Markgrafen Ludwig und durch den widerstrebenden Enkel, den Kurprinzen Karl, vertreten. Der Freiherr von Reitzenstein, der, wenn auch nicht in amtlicher Stellung, damals schon das Kollegium der Geheimen Räte von der Politik verdrängte und, als Mensch von hartem Eigensinn und von zielbewusstem, politischem Verstand, mit allen Mitteln die Interessen seines Herrn vertrat, indem er seine

¹⁾ Emmerich, Joseph Freiherr von Dalberg 1773—1833. Von 1804 bis 1807 ist er badischer Gesandter in Paris, 1808 Staats- und Finanzminister. Tritt später in französische Dienste und wird von Napoleon zum Herzog erhoben. Er heiratete eine Tochter des letzten Dogen von Genua. Vgl. Denkwürdigkeiten des Markgrafen Wilhelm, hg. v. Obser.

Nicht zu verwechseln mit Karl v. D., Erzbischof von Mainz und Kurzerkanzler.

²⁾ Sein unheilvoller Einfluss auf die badische Politik: Polit. Corresp. V, XXI.

eigenen Wege ging und sich über das zaudernde Wesen Karl Friedrichs hinwegsetzte, erinnerte in einer Denkschrift, die er für den Kurprinzen und den Markgrafen verfasste, an das Wort, das Napoleon in Mainz gegeben. Die Prinzen sollten sich für die Erwerbung des Breisgaus einsetzen. Dabei hütete er sich wohl, den absoluten Wert dieses Gebietes voll einzuschätzen: die Bevölkerungszahl sei immer zu hoch angegeben worden; 18,000 Seelen kämen in Wegfall durch die Abtretung des Fricktals an die Schweiz. Dagegen seien die Vorteile nicht zu verkennen, die der Breisgau als Bindemittel der kurfürstlichen Länder besitze. Nur müsse der „äusserst geringe kameralistische Wert“ betont werden, „vorzüglich deswegen, damit nicht Frankreich seine Gabe in einen zu hohen Anschlag bringe und etwa unverhältnismässige Opfer dagegen verlange“. ¹⁾ Greifbaren Erfolg brachte jedoch die Pariser Reise nicht. Zwar wiederholte Napoleon von sich aus die frühere Aeusserung, und er versprach, bei nächster Gelegenheit das badische Los zu vergrössern, aber das Ziel wurde nicht erreicht. Infolge strenger Verfügungen des Kaisers waren die Beamten der auswärtigen Angelegenheiten, sogar Talleyrand, augenblicklich für Bestechungen unzugänglich. ²⁾

Wiederum waren es Krönungsfeierlichkeiten, die dem Kurfürsten geeignet erschienen, seine Wünsche vorzutragen. Napoleon hatte, unbekümmert um Oesterreich, die italienische Königswürde mit der Kaiserkrone vereinigt. In Mailand wollte er sich mit dem lombardischen Reif krönen. Schon im Februar 1805 gab Talleyrand dem badischen Gesandten in Paris zu verstehen, dass der Kaiser seine Anwesenheit in Mailand wünsche. Dalberg war keineswegs erbaut. Wenn auch die Interessen des Kurstaates mit der Macht Bonapartes verknüpft seien, so äusserte er sich in seiner Depesche an Edelsheim, sei es doch keineswegs angenehm, immer Schritte zu unternehmen, die „unsere grösste Unterwürfigkeit“ („notre extrême sujétion“) bezeugten, und durch die man den Wünschen und Absichten der anderen Mächte entgegenwirke. ³⁾

¹⁾ Polit. Corresp. V, Nr. 159.

²⁾ eod. I. V, XXIII, Nr. 176; VI, Nr. 257.

³⁾ eod. I. V, Nr. 266 ff.

Aber die Hoffnung auf baldigen Erwerb des Breisgaus mit der Ortenau drängte die ehrenhaften Bedenken zurück. Dalberg machte sich auf den Weg nach Mailand, allerdings mit der festen Ueberzeugung, dass nur infolge eines Krieges zwischen Oesterreich und Frankreich territoriale Verschiebungen möglich würden. In einem solchen Krieg, das war seine Auffassung, würde allerdings Deutschland ohne jede Bedeutung sein und auch den Frieden nicht beeinflussen können; sondern jeder Fürst müsse an sich selber denken und sich aus dem Schiffbruch zu retten suchen. Die Haltung Badens werde hauptsächlich bestimmt durch diejenige Bayerns. Wenn Bayern mit Frankreich eine Allianz gegen Oesterreich schliesse, dann müsse Baden dasselbe tun. Denn in diesem Falle müsse man nicht fürchten, dass die österreichische Armee bis an den Rhein vordringen könne.¹⁾

Was Dalberg vorausbefürchtet, trat ein: der Kaiser liess sich gerne die Unterwürfigkeit der akkreditierten Diplomaten gefallen, aber von Politik war in Mailand nicht die Rede. Dalberg spielte also die Rolle, zu der sich gleichzeitig auch die schwache Schweiz hergab, die dem Kaiser eine besondere Abordnung entsandte, um ihn auf seinem Wege zu begrüßen und zu beglückwünschen. Auf diese schweizerische Mission, die mit dem Kaiser in Chambéry zusammentraf, werden wir noch zurückkommen. Die Gratulanten, die sich da und dort einstellten, bezeugten durch ihre Anwesenheit, dass der Wunsch und Wille des französischen Kaisers bereits eine solche Gewalt über sie besass, dass sie vor einer Handlungsweise nicht zurückschreckten, durch die sie sich in den Augen anderer Mächte, vor allem Oesterreichs, kompromittierten. Dass er in Mailand, wie früher der Kurfürst in Mainz und der Kurprinz in Paris, die Rolle eines Statisten spielte, dessen war sich Dalberg wohl bewusst. Diese beschämende Erkenntnis fasste er in die Worte: „Notre existence ici est celle de Mayence et rien d'autre“. Trotzdem lässt er sich, wohl unter dem Eindruck der Krönungsfeierlichkeiten, zu den spekulativen Träumereien verleiten: das Deutsche Reich sollte mit Frankreich und Italien Bonaparte zu seinem Kaiser wählen; so würde das abendländische Kaiserreich wieder-

¹⁾ Polit. Corresp. V, Nr. 271.

erstehen und dem übrigen Europa, ja der ganzen bekannten Welt vielleicht Gesetze vorschreiben.¹⁾

Auf eine gewaltsame Umgestaltung liessen nun allerdings die Veränderungen in Europa schliessen. Die Drehung Frankreichs von der Republik zu der Monarchie mussten auch diejenigen Staaten mitmachen, die noch ein Jahrzehnt vorher im Namen der Freiheit und Gleichheit, durch Frankreich gezwungen, sich eine republikanische Staatsverfassung hatten geben müssen. Die Ueberlegenheit und gewalttätige Vorherrschaft Frankreichs in Europa äusserte sich am anschaulichsten darin, dass die Staaten niedrigen Ranges dieselben Wandlungen mitmachen mussten, die in Frankreich vor sich gingen. Zwar war durch den Frieden von Lunéville die Unabhängigkeit der Batavischen, der Ligurischen, der Helvetischen und der Cisalpinischen Republik gewährleistet; die Völker sollten die Regierungsform selbst bestimmen. Napoleon jedoch kümmerte sich um dies Selbstbestimmungsrecht überhaupt nicht, oder er wusste gewalttätig den Willen der Völker in die ihm erwünschte Bahn zu leiten.

Durch die Machtpolitik Bonapartes werden die Verträge von Lunéville und Amiens erschüttert. Im Sommer 1804 spricht er bereits deutlich von einer gesamten Umgestaltung Europas, an dessen Spitze der Kaiser zu stehen habe, um jedem Fürsten seine Funktion zu bestimmen, jedem Lande seinen Fürsten oder Landammann zu geben. Durch seine Uebergriffe hielt er die Feinde in Atem und gewann er sich neue Gegner. Darum gelang es William Pitt, die dritte Koalition gegen Frankreich zu bilden. Entscheidend wirkte die französische Machterweiterung in Italien: die Annahme der Königskrone durch Napoleon und die Vereinigung der Ligurischen Republik mit Frankreich. Oesterreich fürchtete für Venetien und entschloss sich unter dem Druck Englands und Russlands, im Juli 1805, der Koalition beizutreten, und Franz II. gab den Befehl, mobil zu machen. Im September erklärte Minister Cobenzl dem französischen Gesandten, man sammle seine Kräfte, um einen Zustand in Europa herstellen zu helfen, der den Verträgen entspreche, die Frankreich völkerrechtswidrig gebrochen habe. Am 8. September 1805 über-

¹⁾ Polit. Corresp. V, Nr. 277.

schritten die Oesterreicher den Inn. Noch im Juli war ein Kriegsplan angenommen worden, wonach man drei Armeen (in Italien, in Tirol und am Inn) aufstellen wollte. Die stärkste derselben, nämlich die italienische, sollte unter dem Oberbefehl des Erzherzogs Karl die Operationen beginnen; die deutsche Armee sollte im Verein mit den Russen in Süddeutschland operieren; die dritte endlich musste unter Erzherzog Johann ihren Weg durch die Schweiz suchen. Während die nach Süddeutschland vorstossende Armee der Führung des eitlen und unfähigen Mack unterstellt war, liess Napoleon seine Armee in aller Stille über den Rhein vorrücken und übernahm dann persönlich das Kommando. Den Verlauf des Feldzugs zu verfolgen, ist nicht unsere Aufgabe. Zweifellos hing von den diplomatischen Unternehmungen, die dem Krieg vorangingen, und dann vom militärischen Erfolg nicht nur das Schicksal der habsburgischen Monarchie ab, sondern dasjenige des Deutschen Reiches.

Die Haltung der Eidgenossenschaft, die wieder einmal in Gefahr war, Kriegsschauplatz zu werden, war durch Tradition und Verträge bestimmt. Ihr einziges Ziel konnte sein: die Aufrechterhaltung der Neutralität, freilich einer Frankreich günstigen Neutralität!

Die Stellungnahme der süddeutschen Höfe aber war nicht von Anfang an entschieden. Da von der schliesslichen Wahl auch die künftige Politik abhing und eine Teilnahme der Süddeutschen auf Napoleons Seite mit Notwendigkeit zu künftigem engem Anschluss an Frankreich führen musste; da ferner das Schicksal der Schweiz durch jede derartige Konstellation auf Jahre hinaus beeinflusst wurde, müssen wir uns in die Situation vor Kriegsausbruch hineinversetzen. Zur Charakterisierung der Lage aber dürfen wir den Blick über das Jahr 1805 hinausgehen lassen.

3. Politische Lage um 1805. Napoleon und die Schweiz. Die „états fédératifs“, europäischer Staatenbund und abendländisches Kaiserreich.

Der dritte Koalitionskrieg, in dem Frankreich sich Oesterreich, Russland, England und Schweden gegenübergestellt sah, eröffnete Baden die Möglichkeit der ersehnten Gebiets-